



1040 BRÜSSEL

rue de la Loi 70 • Wetstraat 70
Tel. 02/230 89 45

31 -03- 1987

An den Herrn Finanzminister

32, Rue de la Loi

1000 BRÜSSEL

I/SCHREIBEN VOM

I/REF.

U/REF.

BEILAGEN

Nr. 17.253/III/PD
AR/MTV

BETRIFFT:

Zoll- und Akzisenverwaltung.
Deutschsprachige Prüfung.

Sehr geehrter Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen davon in Kenntnis zu bringen, dass die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (SKSK) in ihrer Sitzung vom 18. Dezember 1986 eine Klage untersucht hat, die die Bedingungen, unter denen die Zulassungsprüfung zum Rang des Prüfers beim Zoll in deutscher Sprache stattfindet, bemängelt.

Der Kläger macht einerseits geltend, dass der Hauptteil der Verwaltungsvorschriften, die den Stoff der Prüfung ausmachen, nur in französischer Sprache zur Verfügung stehen, dass andererseits, u.a. bei der am 17. September 1985 durchgeführten mündlichen Prüfung manche Jurymitglieder anscheinend über keine wirklichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügten.

Die durchgeführten Ermittlungen erhärteten die Aussage, dass ein nicht unerheblicher Teil der besagten Vorschriften nicht im Deutschen zur Verfügung standen. Sie geben dies in Ihrem Schreiben vom 7. Februar 1987 auch zu, und, auch sollte darauf hingewiesen worden sein, dass dem Kandidaten die Möglichkeit einer Hilfeleistung seitens des Lehrpersonals der Ausbildungszentren oder seines Dienstleiters offenstehe, kann die Kommission nicht die Meinung gewinnen, dass unter solchen Umständen objektive Bedingungen zur Durchführung einer ordnungsgemässen Prüfung erfüllt seien.

.../...

Die Zusammensetzung der Jury zur mündlichen Prüfung vom 17. September 1985 kann auch nicht von Kritik erspart bleiben. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Herr F. DUFOUR, Beamter beim Ständigen Anwerbungssekretariat, räumt ein, die deutsche Sprache nicht zu kennen. Ausserdem ergab sich, dass der Generalinspektor, Herr A. GILLES, den Sie in Ihrem Brief vom 30. November 1986 als "als Teilnehmer des Prüfungsausschusses in seiner Eigenschaft als technischer Überwacher sowohl bei der französischsprachigen als auch bei der niederländischsprachigen und deutschsprachigen Jury" hinstellen, an der Befragung der Kandidaten teilnimmt, und er ist auch nicht an den anschliessenden Beratungen unbeteiligt. Herr A. GILLES, offiziell zweisprachig Französisch-Niederländisch, hat keine gesetzlich bestätigte Kenntnisse der deutschen Sprache.

Die S.K.S.K. ist der Meinung, dass die Klage zulässig und in beiden Punkten begründet ist.

Sie fordert Sie mit Nachdruck auf, dafür zu sorgen, dass die Kandidaten Instruktionen in der Prüfungssprache erhalten können; sie ist zudem der Meinung, dass beim jetzigen Stand der Dinge die Jury ihre Bewertung unter Berücksichtigung dieses offensichtlichen Handicaps vornehmen soll.

Die S.K.S.K. erinnert ebenfalls daran, dass es unbedingt erforderlich ist, dass die Mitglieder der Jury eine tiefe, gesetzlich bestätigte Kenntnis derjenigen Sprache besitzen, in der die Prüfung abgehalten wird, und sie verweist diesbezüglich auf die Urteile Nr. 14.239 vom 26.11.1968 und Nr. 14.934 vom 6.10.1971 sowie Nr. 15.530 vom 27.6.1985 des Staatsrates.

Eine Abschrift dieses Gutachtens wurde dem Herrn Ständigen Sekretär zur Anwerbung von Staatspersonal sowie dem Kläger zugestellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

DER VORSITZENDE

J. FLEERACKERS

